

Ostermarsch Mainz/Wiesbaden in Mainz, 4. April 2015

Kalter Krieg Reloaded

oder: Gerät der politisch-militärisch-industrielle Komplex außer Kontrolle?

Nach einem terroristischen Anschlag auf eine Satire-Zeitschrift verkündete NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg: „Die Nato-Verbündeten halten im Kampf gegen Terrorismus zusammen. Wir stehen in voller Solidarität bei unserem Verbündeten Frankreich.“

Jakob Augstein fiel dazu in seiner SPIEGEL-Online-Kolumne Bilder ein wie „Kampfflugzeuge gegen Kapuzenmänner? Panzereinsätze in muslimischen Vorstädten?“ Das Verhalten Stoltenbergs erinnert mich in der Tat sehr an Clint Eastwood in der Filmszene, in der er seinen provozierend coolen Spruch „Make my day!“ raushaut, was so viel heißen soll wie „Na los doch, versüß mir den Tag!“ Man müsste also fragen: Auf welche Art von Gelegenheiten wartet dieser Mann eigentlich?

Drohende kriegerische Auseinandersetzungen an den Grenzen von NATO-Mitgliedsstaaten und damit einhergehende Bündnisfälle scheinen dem nordatlantischen Militärbündnis nicht mehr auszureichen, dass es sich schon aufgrund von Terrorszenarien im Hinterhof der französischen Hauptstadt zu Wort meldet!

Zu einem anderen Schauplatz: Als die Ukraine-Krise in die militärische Phase eintrat, mahnte der deutsche Außenminister Frank-Walter Steinmeier „Diplomatie“ an. Seine Kanzlerin aber sprach zur gleichen Zeit von der – militärische und völkerrechtliche Assoziationen weckenden – „Annexion“ der Krim. Nur wenige Tage später sagte Steinmeier den Regierungen von Moldawien und Georgien laut tagesschau.de: „Wir steigen nicht ein in ein geostrategisches Spiel, eine Auseinandersetzung zwischen dem Westen und dem Osten, zwischen der Europäischen Union und Russland. Ich halte es auch für falsch, dass beide Seiten versuchen, die Länder auf die jeweils eine oder andere Seite zu ziehen.“ Problematisch ist nur, dass *er* eine Seite repräsentierte, und zwar eine Seite, die gerade in jenem Moment durch *ihn selbst* versuchte, bestimmte Länder auf ihre Seite zu ziehen!

Mitte Februar 2015, keine 24 Stunden nach der beim Krisengipfel in Minsk vereinbarten Waffenruhe, haben die EU-Staaten neue Sanktionen gegen Russland und die ost-ukrainischen Separatisten verhängt. Seit wann verhängt man Sanktionen, wenn sich auf diplomatischer Ebene Fortschritte ergeben haben?

Schon 2002 hatten die Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag Lühr Henken und Dr. Peter Strutynski auf Peter Strucks Äußerung, „die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland wird auch am Hindukusch verteidigt“, zu bedenken gegeben, „mit demselben Recht könnten Pakistan, Indien, China oder jedes x-beliebige Land in ihre Militärdoktrinen festlegen, dass deren Verteidigung am Rhein stattfindet“. Dieselbe Hybris legt Deutschland auch heute wieder an den Tag, indem Schäuble von Griechenland die Rückzahlung aller Schulden bis auf den letzten Pfennig fordert, während er die längst überfällige Ableistung deutscher Reparationszahlungen an Griechenland kategorisch ablehnt.

Der letzte Kalte Krieg ist durch seine Sieger, die westlichen Mitgliedsstaaten von NATO und EU, nie offiziell beendet worden. Beim KSZE-Gipfeltreffen im November 1990 in Paris verabschiedeten die Staats- und Regierungschefs der 35 Mitgliedsländer immerhin eine „Charta für ein neues Europa“. Darin verpflichteten sie sich, auf allen Ebenen und ausdrücklich auch in der Sicherheitspolitik zusammenzuarbeiten, Streitfälle ausschließlich mit friedlichen Mitteln zu lösen sowie die KSZE politisch und institutionell zu stärken und auszubauen. Statt diese Versprechen auf eine gesamteuropäische Entwicklung unter gleichberechtigter Beteiligung Russlands umzusetzen und nach dem Zerfall des Warschauer Pakts auch die NATO aufzulösen, betrieben ihre Mitgliedsstaaten die Expansion der westlichen Militärallianz nach Osten bis an die russische Grenze. Über die Vorstufen des „NATO-Kooperationsrates“ sowie des Programms „Partnerschaft für den Frieden“ wurden zunächst Polen, Ungarn und Tschechien an die NATO herangeführt und schließlich 1999 als Vollmitglieder aufgenommen. 2004 folgten die Slowakei, Bulgarien und Rumänien sowie die ehemals zur Sowjetunion gehörenden drei baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen. Als Putin 2014 die neue Militärdoktrin für die nächsten fünf Jahre unterzeichnete, besagte diese, dass die Hauptbedrohung der Russischen Föderation von außen von der Ostexpansion der NATO ausgehe. Prompt äußerten sich NATO-Vertreter schockiert über die Doktrin, obwohl Russland seine Bedenken schon seit Jahren öffentlich bekannt gegeben hatte, während die NATO ihre Ostexpansion als harmlos darstellte, die keine Bedrohung für Russland bedeutete. Sobald nun die Regierung der Ukraine ihre lange bestehende Neutralität beendete und offen die Mitgliedschaft in der NATO anstrebte, wuchsen die Bedenken Russlands bezüglich der Ostexpansion beträchtlich an – in der Tat so beträchtlich, dass neue geostrategische Strategien nach dem alten großrussischen Narrativ aus der Schublade gezogen wurden.

Anzeichen dafür, wie ernst die Lage wirklich ist, sind zahlreich und abgestuft, aber hinreichend evident:

Peter Scherer vom wissenschaftlichen Beirat von Linkswärts etwa hat festgestellt, dass die Schuldenrelationen auf dem europäischen Kontinent von heute sich im Wesentlichen nur mit der Situation während der beiden Weltkriege des vergangenen Jahrhunderts vergleichen lassen.

Die Ex-Vizepräsidentin des Bundestages, Antje Vollmer, bekräftigte gegenüber der „Neuen Westfälischen“ die Sorgen, die zuvor schon Literaturnobelpreisträger Günter Grass derselben Zeitung dargelegt hatte: „Grass hat recht mit seiner in eine Frage gekleideten Sorge vor einem dritten Weltkrieg. Ich glaube sogar, dass der dritte Weltkrieg längst begonnen hat – und zwar an verschiedenen Fronten“, sagte die GRÜNE. Die (schon von Grass vorgenommene) Ausweitung von „für Europa hochgefährlich[en] Auseinandersetzungen und Konfrontationen“ auf „Cyberkriege über das Internet“ macht die Sichtweise zwar nicht akuter. Bedeutend ist aber, dass „auch Vollmer Politiker wie Olof Palme, Willy Brandt und Bruno Kreisky vermisst“, die 'für das Konzept einer gemeinsamen Entspannungs- und Sicherheitspolitik, die den früheren Aggressor und dessen Sicht der Dinge mit einbezog', gestanden hätten. Dieses Denken sei bei der heutigen Politikergeneration“, so Vollmer, „weniger ausgeprägt. Die damaligen Entspannungspolitikern 'sind vorsichtiger und auch ein Stückchen weiser gewesen als die heutige Politikergeneration'“ – der ich Vollmer nach solchen Äußerungen selbstverständlich zurechne! Was soll das Gefasel vom 3. Weltkrieg, der schon begonnen habe, wenn sie diese Metapher selbst noch nicht wirklich ernst nimmt?!

Vom Siegertreppchen der weltweit größten Waffenexporteure wurde Deutschland zwar gerade von China heruntergestoßen, aber dass die Bundesrepublik mit dem Segen einer

demokratisch gewählten Bundestagsmehrheit Waffen in Krisengebiete liefert und damit Tabus der deutschen Außenpolitik bricht, macht dieses Manko in den Augen der Mächtigen wieder wett.

Wohin die Reise geht, zeigt die Meldung, dass US-Präsident Barack Obama einen Exportstopp für F-16-Kampffjets an Ägypten aufgehoben hat. Der eingefrorene Rüstungsdeal könne nun vollzogen werden, sagte Obama dem ägyptischen Staatschef Abdel Fattah al-Sissi. Neben den Jets schicken die USA Aufrüstungen für Abrams-Panzer und Harpoon-Raketen nach Ägypten schicken. Das Weiße Haus erklärte, Obamas Entscheidung spiegele die Sicherheits Herausforderungen des 21. Jahrhunderts wider, liege explizit auch im Sicherheitsinteresse der USA. Ägypten beteiligt sich an der Militärkoalition unter Führung Saudi-Arabiens, die seit März Luftangriffe im Jemen fliegt, die sich gegen schiitische Huthi richten, die in den Medien immer als Rebellen dargestellt werden.

Im Jahr 2014 hatte es noch geheißen, Ägypten sei im Bereich militärischer Hilfe längst eine neue Partnerschaft eingegangen: Abdel Fattah al-Sissi, damals Feldmarschall, suche die Nähe Russlands, geplant seien Lieferungen von Hubschraubern, Kampffjets und Flugabwehrsystemen, zum Teil finanziert von Saudi-Arabien. Ägypten brauche Amerika nicht mehr, stand im April letzten Jahres in der „ZEIT“. Offenbar ändern sich die Zeiten...

Und nun will auch Deutschland wieder verstärkt mitspielen. Die Bundesregierung heizt den internationalen Rüstungswettlauf an und plant für nächstes Jahr eine Aufstockung des Verteidigungsetats um 1,2 Milliarden Euro. Verteidigungsministerin von der Leyen – die ich bei ihrem neuen Spitznamen „Warsula“ nenne – will gemeinsam mit Frankreich und Italien die Entwicklung einer europäischen Kampfdrohne bis 2025 auf den Weg bringen. Als Übergangslösung will Warsula von der Leyen waffentragende israelische oder US-Drohnen anschaffen oder einfach mieten.

Auch in Bezug auf Ägypten gingen der Bundesregierung gute Geschäftsbeziehungen vor die Einhaltung elementarer Menschenrechte, kritisierte Christine Buchholz, verteidigungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. Die Besuche von Unions-Fraktionsvorsitzenden Kauder und SPD-Chef Sigmar Gabriel in Ägypten seien geschmacklos angesichts des gewaltsamen Vorgehens des ägyptischen Militärs gegen die Opposition im Land. Immerhin: Wenigstens DIE LINKE lehnt Waffenlieferungen an ägyptische Militärs standhaft ab.

Ich fasse zusammen und stelle nochmals die Eingangsfrage: Kalter Krieg Reloaded – oder: Gerät der politisch-militärisch-industrielle Komplex außer Kontrolle?

Die Antwort lautet zweimal Nein!

1. Nein: Der politisch-militärisch-industrielle Komplex ist nicht außer Kontrolle geraten; der politisch-militärisch-industrielle Komplex hat vielmehr die totale Kontrolle *übernommen*.

2. Nein: Sie wollen keinen kalten Krieg, sie arbeiten direkt auf den *heißen* Krieg hin – oder es ist ihnen zumindest gleichgültig, sollte aus ihrem verantwortungslosen Treiben ein heißer Krieg resultieren.

Manfred Bartl
für Linkswärts e. V., Mainz